

HMV-Bildungswerk, DFG-VK Bayern, in Zusammenarbeit mit dem Friedensmuseum Nürnberg:

Kalter Krieg – heißer Krieg? Was tun gegen die aktuelle Kriegsgefahr 2015

Vorträge - Diskussion - Workshops

1. Teil:	14.00 Uhr
Einführung, zum Ablauf	
Input 1: Atomwaffen, ABM-Systeme, Instabilität	
Thomas Rödl , M.A., Politologe, München	
Input 2: Krieg in der Ukraine – zivile Handlungsmöglichkeiten	
Dr. Gernot Lennert , Historiker u. Politologe, Mainz	
Aussprache zu den beiden Referaten	
Pause	15.30 Uhr
2. Teil	
Workshops parallel zur Frage was tun	15.45
Dafür eine Stunde Zeit	(60 Min)
Pause	16.45 Uhr
3. Teil	
Berichte aus den Workshops und Schlußrunde	17.00 Uhr
Ende ca.	18.00 Uhr

Themen für Workshops (Optionen, Durchführung nach Interesse der TeilnehmerInnen):

A) Welche Forderungen sollen wir/ die Friedensbewegung aufstellen in Bezug auf den Konflikt / Krieg in der Ukraine?
(an Regierung, Parteien, Medien, Öffentlichkeit...) mit Gernot Lennert

B) Massenflug zu aktuellen Lage – Besprechung unseres Materials das bis dahin vorliegt
(Aufmachung, Argumente, Ansprache); was tun um das massenhaft zu verbreiten? mit Thomas Rödl

C) Alte Friedensbewegung- neue Friedensbewegung – Umgang mit der „Friedensbewegung 2.0“;
Chancen und Probleme? Input von Klaus Stampfer

D) Neue Medien und aktuelle Antikriegsarbeit – wie lassen sich die neuen Medien nutzbar machen -
und mit unseren bisherigen Internetangeboten verknüpfen?

Birgitta Meier, Manfred Diebold

E) Kriegsgefahr 2015? Diskussion eines Entwurfs einer Präsentation – Texte, Schaubilder, kurz-Videos etc., die für eine Info-Veranstaltung (und damit auch für unsere Internetauftritte) nutzbar wäre
N.N.

Material zur Vorbereitung der Workshops

Zu A) Welche Forderungen sollen wir/ die Friedensbewegung aufstellen in Bezug auf den Konflikt / Krieg in der Ukraine? (an Regierung, Parteien, Medien, Öffentlichkeit...)

mit Gernot Lennert

Zum Lesen:

*Vortrag von Dr. Karl Grobe-Hagel bei der Münchner Friedenskonferenz:

<http://www.friedenskonferenz.info/pdfs/FK%202015%20Grobe-Hagel-red-bearb-TR.pdf>

*Der Ukraine – Konflikt. Kooperation statt Konfrontation. Von Andreas Buro und Kral Grobe-Hagel, Zuarbeit v. Clemens Ronnefeldt:

http://www.koop-frieden.de/fileadmin/Dossiers/dossierVII_ukraine_15sept.pdf

*Vortrag von Vadim Damier bei der Veranstaltungsreihe des DFG-VK-Bildungswerks Hessen im November: Machtkämpfe. Eine antimilitaristische Sicht auf den Krieg in der Ukraine.

Links zu beiden Teilen: <http://www.dfg-vk-hessen.de/bildungswerk/ukraine/>

Artikel von Connection eV zu KDV in der Ukraine

<http://www.connection-ev.de/article-2094>

**Zu B) Faltblatt zu aktuellen Lage – „Kalter Krieg Heißer Krieg“
(Aufmachung, Argumente, Ansprache); was tun um das massenhaft zu verbreiten?**

mit Thomas Rödl

Hier das Faltblatt: <http://www.no-militar.org/pdfs/Falt-Kalter-Krieg-heisser-Krieg-2015.pdf>

Titelmotiv

Slogan auf der Titelseite

Argumente im inhaltlichen Teil – (1) ABM, Atomraketen, (2) Ukraine (3) Argumente für Abrüstung
Selbstdarstellung, Werbung

Andere Aspekte, z.B. Gestaltung und Bildmotive

Verbreitung des Materials?

Mitherausgeber?

Anmerkung: Das Faltblatt wurde nach meinem Entwurf von der Gruppe München beschlossen und bewilligt, es könnte vom Landesverband und Bundesverband übernommen und in höherer Auflage, überarbeitet und verbessert, produziert werden.

Zu C) Alte Friedensbewegung- neue Friedensbewegung – Umgang mit der „Friedensbewegung 2.0“; Chancen und Probleme?

Input von Klaus Stampfer

Thesen zum Verhältnis zu den Mahnwachen für Frieden

1. Wir müssen jede Chance zur Verbandsentwicklung nutzen

Das Durchschnittsalter der DFG-VK-Mitglieder liegt nahe bei 60 Jahre. Ein Großteil der Aktiven ist über 60. Wir müssen jede Gelegenheit nutzen, um neue und jüngere Mitglieder und Aktive zu gewinnen. Das nächste Jahrzehnt ist für die DFG-VK entscheidend, denn danach werden viele der heutigen Aktiven über 70 Jahre alt sein und altersbedingt die Aktivitäten reduziert oder eingestellt haben. Dieses entscheidende Jahrzehnt hat bereits begonnen.

Bei den Mahnwachen müssen neben den Risiken auch die Chancen gesucht werden, um Mitglieder und Aktive für die DFG-VK zu gewinnen. Mit den Mahnwachen für Frieden wurden Menschen aktiviert, die sich für Frieden einsetzen wollen und zu gewinnen sind. In den Städten, in denen die Friedensbewegung die Mahnwachen durchführt oder entscheidend mitgestaltet, konnten Mitglieder und Aktive gewonnen werden.

2. Die Friedensbewegung war zu entscheidenden friedenspolitischen Ereignissen nicht wahrnehmbar

Die Mahnwachen für Frieden sind auch deshalb entstanden, weil die Friedensbewegung zu den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten öffentlich nicht wahrnehmbar war. Es wurden Erklärungen abgegeben und hauptsächlich über interne Email-Verteiler verbreitet. Viele Menschen informieren sich nicht über die traditionellen Medien, die auch nur selten über die Friedensbewegung berichten, sondern über soziale Netzwerke und neue Medien wie Internet-TV, usw. Für diese Menschen war die Friedensbewegung nicht existent. Mit der Befürchtung, dass der Krieg in der Ukraine zu einem neuen Wettrüsten führt und damit die Gefahr eines Krieges zwischen Nato und Russland erhöht, wurden sie aktiv. Bei Gesprächen mit vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Mahnwachen wurde dies bestätigt. Innerhalb kurzer Zeit waren in über 100 Städten wöchentlich Mahnwachen mit insgesamt mehreren Tausend Beteiligten entstanden.

3. Das Thema Frieden nicht anderen überlassen

Immer wenn neue Bewegungen entstehen sehen viele Organisationen Chancen sich einzubringen und das Potential zu nutzen. So gab es neben der Friedensbewegung auch Versuche der Reichsideologen, bestimmter Esoteriker, religiöser Fanatiker, Chemstrailer, Rechte, usw. die Mahnwachen für Frieden für sich zu gewinnen. Die Inhalte der Mahnwachen waren nicht festgelegt und viele neu motivierte Menschen hatten noch kein gefestigtes Weltbild. Dies waren günstige Bedingungen, um Einfluss zu gewinnen. In vielen Städten hatte sich die Friedensbewegung von den Mahnwachen distanziert, weil auch nicht gewünschte Kräfte dort mitgewirkt haben, und die Mahnwachen den anderen überlassen, statt aktiv sich einzubringen und die nicht gewünschten Kräfte hinauszudrängen. In den Städten, in denen die Friedensbewegung die Mahnwachen mitgestaltet oder übernommen hat, haben die nicht gewünschten Kräfte bald eingesehen, dass sie nicht ankommen und sie sind weg geblieben. Menschen, die über die Mahnwachen aktiviert wurden, kommen in letztgenannten Städten zu den Veranstaltungen der Friedensbewegung und zum Ostermarsch und konnten zum Teil als Mitglieder und Aktive gewonnen werden. Untersuchungen über die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Mahnwachen in Berlin ergaben, dass die Mehrheit links der Mitte angesiedelt ist

4. Wir können von den Mahnwachen für Frieden lernen

Aktive der Friedensbewegung sind stolz darauf Jahrzehnte lange Erfahrungen zu besitzen. Manche dieser Erfahrungen sind jedoch auch Jahrzehnte alt und nicht mehr anwendbar. Das Kommunikationsverhalten der heute jüngeren Menschen hat sich im letzten Jahrzehnt entscheidend verändert. Die traditionellen Medien und Institutionen werden wenig und nur noch selektiv beachtet. Die von Parteien, Kirchen, Gewerkschaften angebotenen Weltbilder werden von vielen kritischen Menschen als nicht mehr zeitgemäß erachtet und gegen individuelle Weltbilder ausgetauscht, die eher zur eigenen Lebensweise passen.

Die Mahnwachen für Frieden haben gezeigt, dass mit den neuen Kommunikationsformen und Aktionsformen innerhalb kurzer Zeit Menschen zu mobilisieren sind. Wir können von den Mahnwachen lernen und müssen Methoden entwickeln, wie mit kritischen Menschen umzugehen ist, die potentiell für uns zu gewinnen sind. Dies wird nicht bei allen möglich sein. Wir müssen jede sich bietende Chance nutzen, wenn sich die DFG-VK weiter entwickeln soll. Ob es in nächster Zeit eine weitere Chance gibt ist ungewiss.

Dazu auch der Anhang: Friedensbewegung 2.0 von Thomas Rödl

Zu D) Neue Medien und aktuelle Antikriegsarbeit – wie lassen sich die neuen Medien nutzbar machen - und mit unseren bisherigen Internetangeboten verknüpfen?

Birgitta Meier, Manfred Diebold

Vorbereitung erwünscht:

Bitte schau Dir folgende Online-Medien an:

- Kanal der **DFG-VK**: <https://www.youtube.com/channel/UCzEmBuEBuaxS2mj9Rqu22Kw>
- <https://www.youtube.com/user/friedensmuseum>
- <https://www.youtube.com/user/FilmproduktionHERL/>
- +Dein Lieblings-Youtube-Kanal - es dürfen auch Katzenvideos sein.

- Facebook-Seiten der **DFG-VK**: <https://www.facebook.com/dfg.vk>
- <https://www.facebook.com/pages/Deutsche-Friedensgesellschaft-Dfg-Vk-Bayern>
- <https://www.facebook.com/friedensmuseum>
- +Deine Lieblings-Facebook-Seite

BYOD ist besser: bring your own device= wer hat, bringt sein Smartphone/Tablet/Netbook mit! Es geht einfach besser und "eingängiger" wenn jede*r selbst probieren kann!

4. Statt einer Vorstellungsrunde:

Die 10.000 € Frage

Eine reiche Gönnerin ist gestorben und vermacht Dir 10.000 €, die Du nach eigenem Gutdünken ausgeben darfst, "*damit die Friedensbewegung mehr Gehör findet*", wie es im Testament heisst. Du

darfst das Geld für 1 großes Projekt ausgeben, oder für etliche kleine, oder Du darfst Schulungen organisieren... ganz nach Belieben. Einzige Bedingung: Nach 1 Jahr muss das Geld ausgegeben sein.

Bitte schreibe Deine Ideen schon zuhause auf einen DIN A5 Zettel, ganz wie es Dir einfällt! Wir werden die Zettel **vor Beginn des Workshops** an die Wand pinnen und uns davon inspirieren lassen.

Zu E) Kriegsgefahr 2015? Diskussion eines Entwurfs einer Präsentation – Texte, Schaubilder, kurz-Videos etc., die für eine Info-Veranstaltung (und damit auch für unsere Internetauftritte) nutzbar wäre

N.N.

Vorhanden: fertig formulierter Sprechtext für ca. 15 Minuten Präsentation;

Aus diesem abgeleitet eine Textdatei mit Platzhaltern für Bilder;
sowie eine Sammlung mit Bildmaterial zum Thema.

Evtl gibt's bis zum 25.4. eine fertige Präsentation. Diese kann diskutiert und verbessert werden.

Nachfolgend der Textentwurf für die Präsentation, Kriegsgefahr 2015?
(Arbeitstitel) Bildwechsel kenntlich gemacht...(von Harald Will, H MV- Bildungswerk)

I. Wie kam es soweit? - Hintergründe zum Ukraine-Konflikt

Krieg in der Ukraine – Gefahr für den Frieden in Europa

Wieder Krieg mitten in Europa - das war lange Zeit kaum vorstellbar. Nun müssen wir zur Kenntnis nehmen: In der Ukraine findet eine militärische Auseinandersetzung statt, die das Land auf Dauer zu zerreißen droht und den Frieden in Europa massiv gefährdet. Denn der Ukraine-Konflikt birgt ein gefährliches Eskalationspotential in sich. Wird er nicht entschärft, könnte das zu einer massiven militärischen Konfrontation zwischen West und Ost führen.

Orientierung nach West oder Ost – die Ukraine, ein gespaltenes Land

Die Ukraine ist kulturell und sprachlich betrachtet ein geteiltes Land. Der Westen ist schon seit langer Zeit auf Mittel- und Westeuropa ausgerichtet und man spricht dort Ukrainisch. Der Osten hingegen orientiert sich stark nach Russland und die gängige Sprache ist dort auch Russisch. Die Krim und die heute Donbass genannte Gegend um die beiden Städte Lugansk und Donezk sind überwiegend russisch-sprachig. Das liegt daran, dass mit der beginnenden Industrialisierung Ende des 19. Jahrhunderts und vor allem in der Sowjetzeit russischsprachige Facharbeiter einwanderten, im Südosten der Ukraine auch russische Bauern.

Die Ukraine im Widerstreit von Wirtschaftsinteressen

Die Ukraine hat in wirtschaftlicher Hinsicht einiges zu bieten: Rohstoffe wie Kohle, ertragreiche Agrarflächen, billige Arbeitskräfte und potentielle Konsumenten. Deshalb möchte der Westen wie auch Russland sich Zugriffsmöglichkeiten auf diese Region sichern. Traditionell ist die Ukraine bisher wirtschaftlich stark mit Russland verbunden. Umgekehrt hat Russland starke ökonomische Interessen in der Ukraine. Die Industrie im östlichen Teil der Ukraine ist z.B. ein wichtiger Zulieferer für die russische Rüstungsindustrie. Moskau möchte die Ukraine auch in die 2009 gegründete Zollunion einbinden, in der Russland, Weißrussland und Kasachstan zusammen geschlossen sind.

Ukraine und EU – eine Annäherung mit Risiken

Im Jahr 2005 beginnt die damalige, westlich orientierte Führung der Ukraine Verhandlungen mit der EU über ein Assoziierungs-Abkommen. Es sieht vor, dass alle Zölle und Mengenbegrenzungen im Warenverkehr wegfallen. Die Ukraine verpflichtet sich zum freien Warenaustausch, d.h. sie muss ihren Markt für Produkte aus der EU öffnen. Ukrainische Industrieprodukte haben in der EU dagegen kaum Chancen – sie sind im Vergleich zu Waren aus dem Westen nicht konkurrenzfähig.

Abkommen auf Eis – massive Proteste im Land

2012 ist das Assoziierungs-Abkommen mit der EU abschlussreif. Die inzwischen amtierende russlandfreundliche Regierung unter Präsident Janukowitsch hat aber Bedenken wegen der mangelnden Konkurrenzfähigkeit der ukrainischen Wirtschaft und legt das Abkommen im November 2013 auf Eis. Die Entscheidung der ukrainischen Führung, das Abkommen mit der EU nicht zu unterzeichnen, führt zu massiven öffentlichen Protesten, die unter dem Namen des Hauptplatzes in Kiew „Maidan“ bekannt werden.

Hoffnungen auf die EU und Protest gegen ein korruptes Regime

Die Bürgerinnen und Bürger, die vor allem in Kiew und in den westlichen Landesteilen der Ukraine auf die Straße gehen, hoffen auf eine bessere wirtschaftliche Entwicklung durch den Vertrag mit der EU. Es geht allerdings auch um demokratische Öffnung und den Protest gegen das Regime von Janukowitsch, das als extrem korrupt gilt. Die Demonstrationen werden von sehr unterschiedlichen politischen Kräften getragen, darunter sind auch höchst aktive nationalistische und faschistische Gruppen.

Massive Proteste und ein Vermittlungsversuch

Die Proteste setzen Janukowitsch und seine Regierungsmannschaft unter erheblichen Druck. Die Lage eskaliert, im Januar und Februar 2014 sterben mehr als hundert Menschen bei Straßenkämpfen. Am 20./21. Februar unternehmen die Außenminister der Bundesrepublik, Frankreichs und Polens in Kiew einen Versuch zur Vermittlung zwischen den Konfliktparteien. Ergebnis: Vertreter der ukrainischen Opposition und der Regierung unterschreiben ein Abkommen zur Beilegung des Konflikts. Janukowitsch akzeptiert, nur noch bis Jahresende 2014 im Amt zu bleiben, dann sollen Präsidentenwahlen stattfinden.

Umsturz in Kiew - Janukowitsch wird abgesetzt

Die Demonstranten auf dem Maidan lehnen die Vereinbarung ab. Noch bevor sie umgesetzt werden kann, kommt es zum Umsturz: Janukowitsch fürchtet um sein Leben und setzt sich am 21. Februar in den Osten der Ukraine ab, später flieht er weiter nach Russland. Die Abgeordneten des Parlaments erklären Janukowitsch – im Widerspruch zur ukrainischen Verfassung - am 22. Februar für abgesetzt. Sie rufen für Mai Präsidentschaftswahlen aus. Eine neue, westlich orientierte Übergangsregierung unter Beteiligung rechtsradikaler Gruppen übernimmt die Macht.

Bewaffnete besetzen Regierungsgebäude auf der Krim

Ende Februar 2014 kommt es auf der Halbinsel Krim zu Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der neuen ukrainischen Führung. In Simferopol, der Hauptstadt der Krim, werden Regierungsgebäude von Bewaffneten besetzt. Sie sagen, sie müssten die russische Bevölkerung verteidigen. Im März sind auf dem Territorium der Krim zahlreiche Kämpfer zu beobachten, die keine Abzeichen auf der Uniform tragen. Zunächst streitet Moskau ab, dass es sich um Russen handelt. Monate später räumt Präsident Putin aber ein, dass russische Soldaten früh auf der Krim im Einsatz waren.

Referendum auf der Krim: Die Mehrheit votiert für Russland

Am 16. März 2014 findet ein umstrittenes Referendum über einen Beitritt der Krim zu Russland statt. Bei dem Referendum stimmt die Mehrheit für den Anschluss an Russland. Die EU, die USA und die Übergangsregierung

in Kiew kritisieren die Abstimmung als Verstoß gegen die ukrainische Verfassung und als Bruch internationalen Rechts. Sie sprechen von einer Annexion der Krim durch Russland. Die EU und USA beschließen Wirtschaftssanktionen, um Druck auf Russland zu machen.

„Unabhängige Volksrepublik“ in der Ostukraine

Anfang April 2014 weitet sich der Konflikt aus: In mehreren Städten der Ostukraine besetzen prorussische Separatisten Verwaltungsgebäude. In Donezk rufen sie eine „unabhängige Volksrepublik“ aus. Die Übergangsregierung in Kiew reagiert mit einer so genannten "Anti-Terror-Operation". Sie entsendet reguläre Truppen der Armee und Freiwilligenverbände in die Ostukraine, die gegen die Separatisten kämpfen sollen. Es ist der Beginn einer militärischen Auseinandersetzung, der in der Folge Tausende von Soldaten und Zivilisten zum Opfer fallen.

Referendum auch in der Ostukraine

Am 11. Mai 2014 findet auch in der Ostukraine eine umstrittene Abstimmung statt. In Donezk und Lugansk sind die meisten, die abstimmen, für eine Unabhängigkeit von der Ukraine. Am 25. Mai gibt es Präsidentschaftswahlen in der Ukraine. Der Milliardär Petro Poroschenko wird zum neuen Präsidenten gewählt. Er strebt einen Beitritt der Ukraine zu EU und NATO an. Ende Juni unterzeichnen Vertreter der Ukraine und der EU das Assoziierungsabkommen, das der frühere Präsident Janukowitsch gestoppt hatte.

Verhandlungen in Minsk - Einigung auf eine Waffenruhe

Im Herbst finden in der weißrussischen Hauptstadt Minsk Verhandlungen der ukrainischen Konfliktparteien statt. Am 5. September einigen sich die ukrainische Regierung und die Separatisten auf eine Waffenruhe. Sie soll von der OSZE überwacht werden. Außerdem ist im Minsker Abkommen vom Abzug der bewaffneten Einheiten die Rede. Weiterer wichtiger Punkt: Das Parlament in Kiew soll ein "Gesetz über einen Sonderstatus" von Gebieten in der Ostukraine erlassen. Es soll die Einrichtung einer lokalen Selbstverwaltung in Donezk und Lugansk ermöglichen. Die in Minsk vereinbarte Waffenruhe wird nicht eingehalten, beide Seiten bekämpfen sich weiter.

Neuer Anlauf in Minsk: Wieder Vereinbarung zur Waffenruhe

Zu Beginn des Jahres 2015 nehmen die Kämpfe in der Ostukraine an Intensität zu. Anfang Februar starten Kanzlerin Merkel und der französische Staatspräsident Hollande eine neue diplomatische Initiative. Sie sprechen in Kiew und Moskau mit den Präsidenten Poroschenko und Putin. Am 11. Februar finden in Minsk gemeinsame Verhandlungen statt, an denen Merkel, Hollande, Poroschenko und Putin beteiligt sind. Die

Gespräche dauern die ganze Nacht, erst am Morgen des 12. Februar wird eine Einigung verkündet: Waffenruhe ab dem 15. Januar im Kriegsgebiet Donbass. Außerdem sollen die schweren Waffen abgezogen und das Minsker Abkommen vom September 2014 umgesetzt werden.

II. Wer hat welche Absichten? - die Positionen im Ukraine-Konflikt

Gebrochenes Versprechen: Die NATO rückt nach Osten vor

1990, nach dem Ende des Kalten Krieges, versichern hochrangige Vertreter des Westens: Die NATO wird sich nicht nach Osten ausdehnen. Doch das Gegenteil geschieht: Die NATO rückt in den Jahren nach dem Mauerfall weit in Richtung Osten vor. Zahlreiche Staaten Osteuropas werden in das Militärbündnis aufgenommen. Die Ukraine ist nicht darunter. Aber auf dem NATO-Gipfel in Bukarest im Jahr 2008 wird dem Land eine Mitgliedschaft in Aussicht gestellt. Für Russland ist dieses Versprechen ein Alarmzeichen. In Moskau fürchtet man nämlich die totale Einkreisung durch die NATO.

NATO-Einheiten im Baltikum – Russland fühlt sich bedroht

In den baltischen Staaten verstärkt die NATO unter Berufung auf den Ukraine-Konflikt ihre Präsenz. In die Armee-Stützpunkte im Baltikum rücken im Wechsel militärische Einheiten aus verschiedenen NATO-Staaten ein. Das bedeutet in den Augen der russischen Führung eine ständige Bedrohung. Dazu kommt: Der gestürzte ukrainische Präsident Janukowitsch hatte die Pläne zum NATO-Beitritt seines Landes noch auf Eis gelegt. Der jetzigen prowestlichen Regierung in Kiew, die aus den Parlamentswahlen im Oktober 2014 hervorgegangen ist, wäre nichts lieber als ein solcher Beitritt.

Militärische Anbindung der Ukraine an den Westen

Auch wenn die Ukraine bisher nicht NATO-Mitglied ist, so nähert sie sich militärisch doch dem Westen. Was in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist: Das Assoziierungs-Abkommen der Ukraine mit der EU enthält auch eine militärische Komponente. In dem Abkommen heißt es, die Vertragsparteien sollten die schrittweise Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik fördern - „vor allem mit Blick auf eine Steigerung der ukrainischen Teilnahme an EU-geführten zivilen und militärischen Krisenmanagement-Operationen sowie an wichtigen Übungen und Manövern einschließlich denen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (der EU).“

Die Ukraine – ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt

Für den Westen, vor allem für die USA, hat die Ukraine eine große geostrategische Bedeutung. Der ehemalige Sicherheitsberater der US-Regierung, Zbigniew Brzezinski, hat das 1997 so formuliert: „Die Ukraine ... ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“. Brzezinski ist überzeugt, dass schon die bloße Existenz des Landes bedeutsam ist. Und zwar im Hinblick darauf, wie sich der Einfluß- und Machtbereich Russlands durch den Westen eingrenzen läßt. „Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ... ihren bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Moskau automatisch die Mittel, ein mächtiges, Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.“

Die Ukraine als Puffer gegen die NATO

Auch aus der Sicht der Führung in Moskau hat die Ukraine strategische Bedeutung. In Russland ist man besorgt über die systematische Ausweitung der NATO nach Osten und noch mehr über die Perspektive, dass auch die Ukraine NATO-Mitglied werden könnte. Nach der militärischen Logik Moskaus soll die Ukraine aber als Puffer dienen - gegen die immer weiter vordringende NATO, die als feindliches Bündnis empfunden wird. So lässt sich auch erklären, warum Russland die Separatisten in der Ostukraine unterstützt:

Solange in der Ukraine ein ungelöster Konflikt herrscht, scheidet das Land als Kandidat für einen NATO-Beitritt aus.

Eskalationsgefahr: Der Ukraine-Konflikt droht sich auszuweiten

Die militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine sind für die betroffenen Menschen schlimm genug. Es besteht aber die Gefahr, dass der Konflikt in der Ukraine nicht auf das Land begrenzt bleibt. Sollten z.B. aus dem Westen in größerem Umfang Waffen an die ukrainische Armee geliefert werden, droht eine Eskalation – die russische Führung könnte dann versucht sein, noch stärker als bisher in der Ukraine militärisch zu intervenieren. Das wiederum würden der Westen bzw. die NATO vermutlich nicht unbeantwortet lassen. Es könnte eine Entwicklung in Gang kommen, die am Ende nicht mehr zu kontrollieren wäre. Das muss unbedingt verhindert werden.

III. Was könnte getan werden? - Mögliche Auswege aus dem Konflikt

Die wichtigsten Schritte auf dem Weg zu einer Entschärfung der Krise könnten so aussehen:

- Die NATO und Russland erklären, dass sie den Konflikt um die Ukraine auf keinen Fall militärisch austragen wollen. Zur Sicherheit werden direkte Kommunikationsverbindungen zwischen der NATO

und Russland (rotes Telefon) und ein entsprechender Krisenstab eingerichtet.

- Die NATO erklärt, dass sie nicht beabsichtigt, die Ukraine als Mitglied aufzunehmen. Sie versichert außerdem, dass sie auch nicht in anderer Form mit der Ukraine militärisch kooperiert.
 - Die EU erklärt, dass sie alle Teile des mit Kiew abgeschlossenen Assoziierungsabkommens als ungültig betrachtet, die sich auf militärische Kooperation beziehen.
-
- Die Ukraine erklärt sich für neutral, wie das bereits in der Verfassung von 1996 festgelegt wurde. Die Regierung in Kiew erklärt demzufolge, dass sich das Land keinem Militärpakt anschließen wird.
 - Russland erklärt sich mit der Neutralität der Ukraine einverstanden und versichert, sie dauerhaft zu respektieren. Russland beendet außerdem seine Unterstützung für die Separatisten in der Ost-Ukraine.
 - Die NATO zieht ihre Streitkräfte wieder ab, die sie in ihren Mitgliedsstaaten im Baltikum stationiert hat.
 - USA und EU akzeptieren ebenfalls die Neutralitätserklärung der Ukraine und bringen zum Ausdruck, sie dauerhaft respektieren zu wollen. Sie kündigen einen Plan zur Beendigung ihrer Sanktionen gegen Russland an.
-
- Die Regierung in Kiew erlässt eine Amnestie für die Separatisten und gestattet ihren ungehinderten Abzug nach Russland.
 - In der Ukraine wird eine neue Verfassung erarbeitet, in der eine föderale Struktur des Landes mit angemessenen Autonomierechten für Minderheiten festgelegt wird. In der Verfassung wird auch eine Wirtschaftsordnung festgeschrieben, die auf gleichberechtigten Beziehungen der Ukraine zu den Staaten in West und Ost basiert.
 - Auf der Krim findet eine neue Volksabstimmung statt. Sie soll entscheiden, ob das Gebiet bei Russland bleibt oder nicht. Dabei wird Russland vorab vertraglich zugesichert, dass das Areal um den russischen Kriegshafen Sewastopol unabhängig vom Ausgang des Referendums exterritoriales Gebiet Russlands bleibt.
 - Es wird eine dauerhafte Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) eingerichtet. Ein entsprechender Vorschlag könnte von Deutschland in Übereinstimmung mit der EU kommen. Auf der Konferenz werden in mehreren „Körben“ verschiedene Themen wie z.B. vertrauensbildende Maßnahmen und Rüstungskontrolle behandelt. Außerdem wird über Wege zur Beilegung von Kontroversen beraten.
-

Textquellen:

- Vortrag von Jürgen Wagner, Informationsstelle Militarisierung, am 19.3.2014 in München
- Vortrag von Dr. Karl Grobe-Hagel am 6.2.2015 bei der Münchner Internationalen Friedenskonferenz
- Dossier VII des Monitoring-Projekts der Kooperation für den Frieden: Der Ukraine-Konflikt (Autoren: Prof. Andreas Buro, Dr. Karl Grobe-Hagel, Clemens Ronnefeldt)
- www.tagesschau.de

Anhang

Friedensbewegung 2.0 oder warum wird jemand als „rechts“ bezeichnet

Entwurf von Thomas Rödl, Juli-Dez 2014, Feb 2015, Stand 2.4.2015

Alte und Neue Friedensbewegung

Seit dem Frühjahr 2014 tritt eine „neue Friedensbewegung“, als „Montagsmahnwachen für den Frieden“ in Erscheinung, bisweilen nennt sie sich auch Friedensbewegung 2.0.

Diese wurde und wird als „rechts“ bzw „rechts gesteuert“ oder „rechts unterwandert“ bezeichnet. „Wir sind links und die sind rechts“ hilft uns nicht weiter. Es ist verständlich wenn sich Menschen nicht in dieses traditionelle politische Schema einordnen lassen wollen.

Die DFG-VK propagiert kein bestimmtes politisches oder soziales System. Wir erkennen aber als entscheidende Kriterien für die Fortentwicklung von Politik und Gesellschaft die Verwirklichung der Menschenrechte, die Unantastbarkeit der Menschenwürde sowie den Abbau struktureller Gewalt. Dazu gehört die umfassende Demokratisierung politischer und ökonomischer Prozesse.

(<http://www.dfg-vk-bayern.de/grundsatzprogramm-2013.html>)

Die DFG-VK ist eine pazifistische, gewaltfreie, antimilitaristische Organisation, die sich nicht als „linke“ Organisation definiert, auch wenn sich viele Mitglieder wohl als „links“ verstehen und sich so bezeichnen; und wir von der bürgerlichen Mitte und von den Militaristen wohl als links bezeichnet werden.

Wer sagt, Antifaschismus sei unser Grundkonsens, der muß auch in 2 Sätzen sagen können was Faschismus ist, und warum er Menschen oder Gruppen als faschistisch bezeichnet. Faschismus gibt's auch ohne Antisemitismus.

Prinzipiell ist es begrüßenswert, wenn jemand für den Frieden eintritt und auf die Straße geht. Daher sollten wir mit der Friedensbewegung 2.0 diskutieren, und unsere programmatischen Positionen einbringen: Für Frieden- Gerechtigkeit – Abrüstung- Militär abschaffen – Gewaltfreiheit – Verweigerung aller Kriegsdienste... und konkreter noch die Positionen aus dem Papier... für Abrüstung und Entmilitarisierung. (<http://www.dfg-vk-bayern.de/positionspapier.html>)

Denn Faschismus und Militarismus gehören eng zusammen, Faschismus funktioniert nicht ohne Militär. Wer für ein faschistisches System arbeitet, kann nicht Militär abschaffen wollen. Nazis wollen ein starkes Deutschland mit Militär bzw Wehrmacht (vgl Brief von Ralf und Siglinde in der ZC vom...)

Auch die bisherige Friedensbewegung ist keine einheitliche Bewegung mit einer gemeinsamen Programmatik – Abspaltungen gab es immer wieder bzw. Strömungen, die in der traditionell links dominierten Friedensbewegung nicht mitmachen wollen (z.B. Graswurzelrevolution). Die traditionelle Spaltung in der DFG-VK zeigte sich seit ca. 2009 anhand der Frage der Zulässigkeit von Brandanschlägen und gipfelte im Versuch einer „antimilitaristischen“ Fraktion, die Kennzeichnung der DFG-VK als „pazifistische Organisation“ aus dem Programm zu streichen.

Natürlich wollen wir nicht mit Antisemiten, Rassisten und Faschisten zusammenarbeiten. Aber wer potentielle Bündnispartner als „rechts“ einstuft, muss das seriös empirisch belegen, und seinen Begriff von bzw. Kriterien für „rechts“ formulieren können.

Warum wird jemand als rechts oder gar antisemitisch bezeichnet?

Im Idealfall hat derjenige, der das behauptet eine klare Definition oder ein Kriterium für „Rechts“, für Antisemitismus, er weiß was er sagt und hat ein fundiertes Urteil gefällt – schön.

Im schlechteren Fall will der eine den anderen politisch diffamieren. (das ist wohl leider Teil der traditionellen linken Streitkultur, auch in der Partei die Linke)

Häufig werden aber Belege für „Rechts“, für Antisemitismus, genannt, die einer genaueren Nachprüfung nicht standhalten. Hilft nichts, mensch muss also genauer hinschauen. Und dann über Zusammenarbeit oder nicht entscheiden. Die folgenden Themen tauchen sowohl in den Redebeiträgen bei den Montagsmahnwachen auf (z.b. in den diversen Videoclips die es im Internet gibt; irgendwelche programmatischen Dokumente der FB 2.0 sind mir nicht bekannt) als auch in den vielen, auch unabhängig von der FB 2.0, Beiträgen aus der linken Ecke, warum jemand „rechts“ sei. (ganz aktuell während der Arbeit an diesem Artikel: Junge Welt v. 21.3.-22.3. 2015, „formierte Gegenauflklärung“, werden auch die Argumente gebracht, die ich im Folgenden besprechen will)

Wiederkehrende angebliche Belege, warum jemand als „rechts“ einzuordnen sei:

- 1 - Kritik an Israel bzw. am Zionismus
- 2 - Kritik am Zinssystem oder Forderung nach Abschaffung des Zinses
- 3 - Kritik am Finanzkapital oder die Unterscheidung zwischen Produktivkapital und Finanzkapital.
- 4 - Verschwörungstheoretiker
- 5 - EU- Skeptiker

Ad 1: Kritik an der Politik Israels

Wer die Politik Israels, die Besetzung der Palästinensergebiete, den Mauerbau, die Schikanen und Demütigungen der Palästinenser, das Verhalten des Militärs in einzelnen Kriegen etc. kritisiert, wird gerne als Antisemit bezeichnet. Kann natürlich sein, dass so einer auch Antisemit ist. Aber die sachliche Kritik an der Regierungspolitik Israels ist notwendig und legitim – kein Beleg für Antisemitismus. Sie stellt das Existenzrecht Israels nicht in Frage und richtet sich nicht gegen die Juden als Gesamtheit oder als Religionsgemeinschaft. Eine sorgfältige Wortwahl ist allerdings erforderlich.

Zionismus ist eine politische Strömung im Judentum, die darauf abzielt, in ganz Palästina einen jüdischen Staat zu errichten. (einen Gottesstaat? – ein Staat, eine Religion) Die zionistische Bewegung entstand im europäischen Judentum Ende des 19 Jahrhunderts, **vor** dem Holocaust aber natürlich als Reaktion auf die Pogrome und Diskriminierung der Juden in vielen europäischen Ländern. Kritik am Zionismus kommt ja auch aus der israelischen Gesellschaft. Ein großer Teil der Juden (oder der größere?) hat sich der zionistischen Bewegung nicht angeschlossen und ist nach USA oder sonst wo ausgewandert. Die Kritik am Zionismus bzw. die politische Opposition dagegen ist kein Antisemitismus. Auch wenn das manche gerne so definieren wollen: Antizionismus sei eine moderne Variante des Antisemitismus. Der Zweck des Antisemitismus- Vorwurfs ist doch offensichtlich: Israelische Politik gegen Kritik zu immunisieren; und den Konflikt am Leben zu halten; und Israel nachhaltig zu schädigen; und an diesem Konflikt weiter zu verdienen...

Wenn ich als Deutscher (der hier zufällig auf diesem Staatsgebiet geboren wurde und für den Nationalsozialismus der Vergangenheit nicht verantwortlich ist und den aktuellen Nationalismus bekämpft) die Politik der USA, von China, Russlands, Saudi-Arabiens oder irgend eines anderen Staates kritisiere, unterstellt mir keiner, ich würde die Ausrottung der jeweiligen Bevölkerung anstreben. Warum muss ich als Deutscher immer erst eifertig versichern, dass ich selbstverständlich für die Existenzberechtigung Israels eintrete? Diese Antisemitismus- Unterstellung kommt nun bevorzugt aus Kreisen der Konservativen, die damals den Nazis an die Macht geholfen haben, oder auch der Grünen, die das „nie wieder Auschwitz“ instrumentalisieren, um unter einem humanitären Deckmäntelchen wieder deutsche Machtpolitik zu betreiben. (Insbesondere Joseph Fischer vor dem Krieg gegen Jugoslawien 1999, Quellen in unserem Faltblatt „Ohne Waffen gegen die Nazi-Diktatur“ (http://www.h-m-v-bildungswerk.de/pdf/2014_05_08-Ohne-Waffen-gegen-ND-Falti.pdf)

Ad 2: Abschaffung des Zinssystems

Kritik am Zins- und Zinseszinsystem ist richtig und notwendig. (vgl. unser Faltblatt „da kriegst die Krise“: http://www.dfg-vk-bayern.de/pdf/dfg_fl_kiegsteV2_rz.pdf) Wenn wir Kriegsursachen beseitigen wollen, wie von unserer Grundsatzklärung gefordert, müssen wir auch offen über unser

Geldsystem sprechen. Der Zinsmechanismus verschärft die soziale Ungerechtigkeit. Wer nach alternativen, gemeinwohl- und gerechtigkeitsorientierten Geldsystemen / Modellen sucht, ist kein Rechter – bzw. warum wird er als „rechts“ eingeordnet?

Als Beleg wird gerne angeführt, daß „die Brechung der Zinsknechtschaft“ eine programmatische Forderung der Nazis war. (Gottfried Feder, Chefideologe der frühen NSDAP, veröffentlichte 1919 „Das Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft“ und gründete den „Deutschen Kampfbund zur Brechung der Zinsknechtschaft“. http://de.wikipedia.org/wiki/Gottfried_Feder)

Damit haben sie eine reale Problemlage der Menschen angesprochen, die durch Kriegsfolgen und Inflation verarmt und verschuldet waren (da gibt's ein Stück von Oskar Maria Graf, in dem das gut rauskommt, Titel weiß ich leider nicht). Als sie an der Macht waren haben sie das kapitalistische System und das Bankenwesen nicht angetastet.

Dann wird immer wieder Sylvio Gesell angeführt, der die Abschaffung des Zinssystems und eine „natürliche Wirtschaftsordnung“ gefordert hat und angeblich oder möglicherweise ein Antisemit war. Es kann nicht sein dass alles was irgendwelche Antisemiten einmal gesagt oder gefordert haben, nicht mehr diskutiert werden darf. (die Nazis sagen, der Himmel sei blau, Hitler war ein Vegetarier und Schäferhundliebhaber und trug bekanntlich manchmal Lederhosen – sagt das irgendwas aus über Vegetarier... usw... nein!) Wie viele Wissenschaftler, Literaten, Politiker etc im 19. Jahrhundert haben rassistischen, nationalistischen, frauenfeindlichen und judenfeindlichen Mist verzapft? Nicht nur in Deutschland und Österreich sondern überall in Europa? Trotzdem bauen wir auf ihren sonstigen positiven Erkenntnissen auf, ohne das gesamte Zeug in die Tonne zu treten.

Das Zinsverbot stammt aus dem Buche Exodus: „Du sollst keinen Zins nehmen von einem aus meinem Volke“ (hier als Anmerkung zum Kontext in dem Moses oder wer immer das formuliert hat).

Das Zinsverbot gilt in allen abrahamitischen Religionen und wurde auch im Christentum bis ins hohe Mittelalter respektiert. Diese Formulierung ist ja die Ursache für die Rolle der Juden als Geldverleiher in den christlichen Gesellschaften Europas. Das Buch Exodus ist bekanntlich eine der wichtigsten Quellen der Regeln für jüdisches Leben (hoffe die Formulierung ist richtig...), das Zinsverbot Teil davon – wie kann die Forderung nach Zinsverbot also antisemitisch sein? Es beruht einfach auf der Einsicht in die Zerstörungswirkung des Zinssystems in der Geldwirtschaft, die im klassischen Griechenland schon entwickelt war. (nicht jedoch vermutlich beim Abenteuerurlaub des Volkes Israel mit Moses als Reiseleitung im Sinai; die Schriften des Alten Testaments wurden sehr viel später verfaßt als die Geschichten, die da erzählt werden, sich ereignet haben).

Die Linken und der Zins

Was wollen denn eigentlich die Linken? Im realen Sozialismus war doch das Zinssystem praktisch abgeschafft. Es gab keine Privatbanken, keinen privaten Geldverleih, keine private Bereicherung und Umverteilung durch den Zinsmechanismus. Gut so! Karl Marx im kommunistischen Manifest unter „Ziele der Kommunisten“: *Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates mit Staatskapital und ausschließlichem Monopol.*

<https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1848/manifest/2-prolkomm.htm#note57>

Wissen eigentlich die Linken was in ihrem Sozialismus einmal stattfinden soll? Die Forderung nach Abschaffung des Zinssystems ist also kein Merkmal für „Rechts“ oder für Antisemitismus.

„Gesellianer“ als Verdikt, Einordnung der Zinskritiker als „rechts“ ist Unsinn, als Mittel der Diffamierung verwendet, zeugt es entweder von Inkompetenz oder Bösartigkeit.

(Anmerkung: Jutta Ditzfurth über Franz Alt – weil er sich mit Gesell beschäftigt hat, diffamiert sie ihn als Antisemit; vermutlich in dem Buch „Entspannt in die Barbarei“; Siehe: Entspannen Sie sich Frau Ditzfurth <http://detopia.de/de/S/Schmitt-Klaus-Gesell/2.htm>

Exkurs über den strukturellen oder sekundären Antisemitismus) (Hinweis auf Gruppen wie Christen für gerechte Wirtschaftsordnung... und Quellen)

Auffallend aber auch: Die „Friedensbewegung 2.0“ diskutiert zwar über das Zinssystem, es folgt aber keine konkrete politische Forderung. Meine Meinung: auch mit einem anderen Geldsystem, ohne Zins- und Zinseszins, wäre dieses politische System immer noch kapitalistisch, militaristisch und imperialistisch.

Ad 3: Finanzkapital

Die Nazis (und Hitler in vielen seiner Reden) haben unterschieden zwischen dem „raffendem“ = Finanzkapital und dem „schaffenden“ = produzierendem Kapital. Jetzt wird unterstellt, wer immer vom Finanzkapital spreche, meine automatisch das jüdische Finanzkapital – und wolle damit das Judentum als solches angreifen.

Diese Unterscheidung hat Hitler von Gottfried Feder übernommen.

Rudolf Hilferding, Jude und Kommunist, publizierte 1910: „Das Finanzkapital. Eine Studie zur jüngsten Entwicklung des Kapitalismus“ (http://de.wikipedia.org/wiki/Das_Finanzkapital)

Die Unterscheidung Industriekapital und Finanzkapital wurde auch von Lenin übernommen
*„Die Trennung des Kapitaleigentums von der Anwendung des Kapitals in der Produktion, die Trennung des Geldkapitals vom industriellen oder produktiven Kapital, die Trennung des Rentners, der ausschließlich vom Ertrag des Geldkapitals lebt, vom Unternehmer und allen Personen, die an der Verfügung über das Kapital unmittelbar teilnehmen, ist dem Kapitalismus überhaupt eigen. Der Imperialismus oder die Herrschaft des Finanzkapitals ist jene höchste Stufe des Kapitalismus, wo diese Trennung gewaltige Ausdehnung erreicht. Das Übergewicht des Finanzkapitals über alle Formen des Kapitals bedeutet die Vorherrschaft des Rentners und der Finanzoligarchie, bedeutet die Aussonderung weniger Staaten, die finanzielle ‚Macht‘ besitzen.“*⁴²² Na wer schreibt denn sowas – ein gewisser Lenin! (Anmerkung:

[http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Imperialismus_als_h%C3%B6chstes_Stadium_des_Kapitalismus#III. Finanzkapital und Finanzoligarchie](http://de.wikipedia.org/wiki/Der_Imperialismus_als_h%C3%B6chstes_Stadium_des_Kapitalismus#III._Finanzkapital_und_Finanzoligarchie) ; http://www.agmarxismus.net/vergrnr/m07_2hil.html ; aktuell auch: Junge Welt Spezial v. 16.4. 2014, S. 5; darin S. 6 Rosa Luxemburg unterscheidet auch zw. Industrie- und Finanzkapital)

Es zeugt also schon von besonderer Ignoranz wenn sich „Linke“ anhand des Begriffes „Finanzkapital“ von den Rechten abgrenzen wollen. Womit ich überhaupt nicht sagen will, dass eine Analyse schon alleine dann richtig ist, wenn man ein passendes Zitat beim Herrn Uljanow findet. Ich will nur sagen, es taugt nicht als Abgrenzung von „Rechts“. Nach der Logik dieser Linken wären nämlich Hilferding und Lenin Antisemiten und damit „Rechts“; und alle Lenin- Fans dann wiederum plötzlich Rechte statt Linke. (jetzt wird’s ganz arg dialektisch)

Auch hier wieder: Es Kann nicht sein dass die Unterscheidung zwischen Finanzkapital und Industriekapital ein Anzeichen von Antisemitismus ist, nur weil die Nazis diesen Unterschied (auch) hervorgehoben bzw. benannt haben. Die Frage kann nur sein, ob diese Unterscheidung zutreffend ist und einen Teil der ökonomischen Realität abbildet. (könnte ja auch sein dass sich seit 1910 auch nochmal was geändert hat)

Die Unterscheidung zwischen Produktionskapital und Finanzkapital ist nicht zuletzt nach der Banken- bzw. Schuldenkrise Allgemeingut geworden und wird allgemein verstanden, und das ist gut so. Es stört natürlich die Linken wenn die ökonomischen Verhältnisse nicht mit marxistischen Begriffen dargestellt und analysiert werden.

Die Banken schöpfen durch den Zinsmechanismus einen Teil des Mehrwerts ab. Immer mehr Finanzkapital wird für Spekulationsgeschäfte verwendet – Börsen – Währungs- Waren- Immobilienspekulation... und nicht mehr in die Realwirtschaft investiert. Ist das nicht der Kern der derzeitigen Misere? Insgesamt ist es äußerst wichtig, dass sich angesichts der Schulden- und andauernden Wirtschaftskrise eine gesellschaftliche Diskussion entwickelt. Und Lösungsvorschläge für die Entwicklung von sozialer Gerechtigkeit, jenseits von Faschismus und Stalinismus entstehen. (wieder Verweis auf unser Flug: http://www.dfg-vk-bayern.de/pdf/dfg_fl_kiegsteV2_rz.pdf , dort ein paar Ansätze)

Aus der „Thematisierung“ des „Finanzkapitals“ folgt aber auch nix konkretes. (z.B. die Redebeiträge von Ken Jepsen) Frage an die FB 2.0: Was wäre wenn die US- Federal Reserve Bank verstaatlicht wäre? Was wäre dann besser? Finanzkapital abschaffen? Oder kontrollieren? Wie soll das gehen? Und wird dann Frieden?

Wenn die Linken das bessere Verständnis der PolitÖkonomie haben, weil marxistisch fundiert, na dann wär’s doch schlau das an dieser Stelle einzubringen.

Ad 4: Verschwörungstheoretiker

Dieser Begriff hat sich zu einem beliebten Diffamierungsinstrument entwickelt. An Verschwörungstheorien darf man nicht glauben, wer's trotzdem tut, den braucht man nicht ernst zu nehmen. Damit sparen sich die Damen und Herren aus den Mainstream-Medien eine inhaltliche Auseinandersetzung. Wie entstehen eigentlich solche Sprachregelungen? Der Hintergrund ist offensichtlich der „Krieg gegen den Terrorismus“, angeblich ausgelöst durch die Anschläge vom 11. Sept. 2001. Aber wer glaubt die offizielle Version von nine-eleven (9-11)? (Außerhalb der Redaktionen von ARD, ZDF, FAZ, Zeit, SZ etc.?) Leider gab und gibt's andauernd Verschwörungen, egal ob wir dran glauben oder nicht. Eine historisch relativ bekannte wird alljährlich am 20.7. gefeiert – die Verschwörung von Stauffenberg und Konsorten zur Beseitigung von Hitler. Entscheidend ist doch, ob eine Verschwörungstheorie richtig oder falsch ist. Die bekannteste Verschwörungstheorie zu 9-11 ist doch die der US-Regierung Ein paar Terroristen, angestiftet durch Osama bin Laden, machen eine Pilotenausbildung und entführen dann ein paar Flugzeuge, mit Teppichmessern oder sonst wie dürftig „bewaffnet“, um das World Trade Center und das Pentagon anzugreifen. Hat jemals eine unabhängige Instanz die Beweise der US-Behörden sichten und bewerten können? Osama bin Laden wurde angeblich umgelegt und ins Meer gekippt. In den USA gibt's inzwischen eine breite Bewegung, die versucht, die Wahrheit über die Vorgänge von 9-11 herauszufinden.

(http://de.wikipedia.org/wiki/9/11_Truth_Movement <http://www.911truth.org/>)

Gerade weil 9-11 so einschneidend war- ein Schock für die Bevölkerung und der Anlass für die Regierung Bush, eine Reihe von völkerrechtswidrigen Kriegen loszutreten - werden sich Zeitgenossen und künftige politisch interessierte Menschen intensiv damit beschäftigen.

Wie gehen wir damit um? Erstens ist es unsinnig, sich von denen zu distanzieren, die die Wahrheit über 9-11 herausfinden wollen. Zweitens müssen wir herausarbeiten: Selbst wenn die offizielle Verschwörungstheorie der US-Regierung stimmt, legitimiert sie keinesfalls die „Kriege gegen den Terrorismus“. Weder legal – die Invasion in Afghanistan und später im Irak waren völkerrechtswidrig - noch sachlich. Denn gerade wenn die offizielle Version stimmt – s.o. – ist doch klar, dass ein Anschlag nach diesem Muster jederzeit und überall möglich ist, der internationale Terrorismus keine territoriale Basis braucht; es also völlig unerheblich ist, ob ein Osama bin Laden in Afghanistan sitzt oder sonst wo. Der erzwungene Regimewechsel in Afghanistan und die angebliche Ausschaltung von Al-Quaida dort ist überhaupt nicht geeignet, künftige Anschläge nach dem Muster von 9-11 zu verhindern.

(vgl unser Faltblatt „Verhandeln statt schießen“ von 2009:

<http://www.schritte-zur-abruestung.de/faltblatt14.pdf>)

Sind wir jetzt sicherer vor Terroranschlägen? Offensichtlich Nein! Und wie sich zeigt ist nicht nur der Nahe und Mittlere Osten durch die „Kriege gegen den Terrorismus“ unsicherer geworden, sondern auch Europa, durch die Aushebelung des Völkerrechts und den Expansionskurs der NATO.

9-11 war der Vorwand für längst geplante Kriege der USA zur Absicherung ihrer Machtposition, zur Schaffung von neuen dauerhaften Militärstützpunkten, z.B. in Afghanistan, zur Zerschlagung der bisherigen Staaten und zur Schaffung einer „neuen Ordnung“ im Interesse der Hegemonie der USA. (und der NATO in ihrem Fahrwasser, auf die Widersprüche einzugehen ist hier jetzt nicht möglich.)

Im Umgang mit der Friedensbewegung 2.0 würde ich mich keinesfalls von „Verschwörungstheoretikern“ distanzieren, sondern abklären ob die FB 2.0 die konkreten Forderungen mit uns teilt: Abrüstung hier, keine Militärmacht EU, Auflösung der NATO, Schließung der ausländischen Militärstützpunkte... etc. Die Beschäftigung mit 9-11 und die Wiederholung des Vorwurfs von Lüge und Propaganda bringt uns nicht weiter. Darüber hinaus sollten wir den rechtlichen und völkerrechtskonformen Umgang mit terroristischer Bedrohung einfordern (vgl dazu: Bernd Hahnfeld, Rede bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2011:

http://www.friedenskonferenz.info/IFZivileUNOundKriegegegenTerror_ber_G_umfo.pdf)

und über die Bearbeitung der Wurzeln von Terrorismus sprechen.

Die Ablehnung der offiziellen Verschwörungstheorie zu 9-11 alleine ist mit Sicherheit kein Anzeichen für „rechts“. Nun gibt's Theorien zu 9-11 die die Zionisten am Werke sehen oder zumindest die Zionisten bzw. Israel als Nutznießer des Krieges gegen den Terror....

(Z.B. Barbara Honegger, war in der Reagan Administration tätig für Forschung und Politikberatung, <https://www.youtube.com/watch?v=4fvJ8nFa5Qk> recht interessant, allerdings englisch und dauert 3 Stunden) ... Würde ich sagen, was solls, das hilft uns praktisch nicht weiter... vgl. Abschnitt 1)

Über die Verschwörungstheorien im einzelnen zu streiten lohnt sich nicht weil nicht beweisbar – d.h. bei Veranstaltungen, Kundgebungen etc. würde ich das unbedingt ausklammern und stattdessen über den Unsinn des „Krieges gegen den Terror“ reden.

Ad 5) EU Skeptiker <diesen Abschnitt evtl weglassen>

EU-Skeptiker als ein Merkmal zur Charakterisierung von „Rechten“ Parteien.

„Die Eliten in einigen EU- Staaten wollen die EU zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt machen. Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit bzw. auch Konkurrenzfähigkeit untereinander wurde mit einer Absenkung des Lohnniveaus sowie Senkung der Steuern und folgender gigantischer Staatsverschuldung erkaufte. Die über Jahre hinweg hohen Militärausgaben haben wesentlich zu dieser Staatsverschuldung beigetragen.

Die sogenannte Schuldenkrise zeigt, dass sich die EU nicht zu einer Staatengemeinschaft mit gleichem Wohlstandsniveau entwickelt, sondern Profite und Finanzkapital in die ökonomisch führenden Staaten, v.a. Deutschland und Frankreich, transferiert werden. Die weniger entwickelten Staaten im Süden der EU sind bei Banken, reichen Staaten und international tätigen Kapitalanlegern verschuldet. Die Kreditgeber erzwingen in den verschuldeten und ökonomisch abhängigen Ländern eine Politik des Sozialabbaus, der Privatisierung und der Verarmung.

Die Regierungen der EU haben kein Konzept für ein Europa der sozialen Gerechtigkeit und des nachhaltigen Wirtschaftens.

Antieuropäische Bewegungen gegen die großen Mächte Deutschland und Frankreich entstehen in einer Reihe von kleineren Staaten.“

Aus dem Positionspapier Abrüstungspolitik der DFG-VK. Auch hier ist doch nur die Frage, ob diese Einschätzung richtig ist, und nicht , ob irgendjemand diese Einschätzung nicht gefällt.

<http://www.dfg-vk-bayern.de/pdf/Positionspapier%20Abr%FCstungspolitik%20120311%20-beschlossen.pdf>

Vermutlich werden wir auch als EU-Skeptiker eingeschätzt.